

# Plädoyer für gerechte und nachhaltige globale Lebensmittelstandards

Vorgelegt von der GKKE-  
Fachgruppe Kohärenz

## GKKE

Gemeinsame Konferenz  
Kirche und Entwicklung  
Joint Conference Church  
and Development



# Plädoyer für gerechte und nachhaltige globale Lebensmittelstandards

Vorgelegt von der  
GKKE-Fachgruppe Kohärenz

**GKKE**

**Gemeinsame Konferenz  
Kirche und Entwicklung**  
Joint Conference Church  
and Development



Schriftenreihe der  
Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

---

In der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) arbeiten Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und die Deutsche Kommission Justitia et Pax zusammen. Zu ihren Aufgaben gehören die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen und der Dialog mit Politik und gesellschaftlichen Organisationen zu Fragen einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung weltweit.

### **Plädoyer für gerechte und nachhaltige globale Lebensmittelstandards**

#### **Evangelische Geschäftsstelle**

Charlottenstr. 53/54

10117 Berlin

Geschäftsführer:

Tim Kuschnerus

eMail: [info@gkke.org](mailto:info@gkke.org)

#### **Katholische Geschäftsstelle**

Kaiserstr. 161

53113 Bonn

Geschäftsführerin:

Gertrud Casel

eMail: [justitia-et-pax@dbk.de](mailto:justitia-et-pax@dbk.de)

---

Die Publikationen sind über die katholische Geschäftsstelle der GKKE zu beziehen. Als PDF-Dateien auch abrufbar unter [www.gkke.org](http://www.gkke.org)

#### **Impressum**

Vorgelegt von der Fachgruppe Kohärenz

der Gemeinsamen Konferenz Kirche und

Entwicklung (GKKE), Bonn/Berlin 2015

Redaktion: Gertrud Casel / Tim Kuschnerus

Schriftenreihe der GKKE 61

ISBN 978-3-940137-67-8

Bonn/Berlin, Juni 2015

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>0</b>	<b>Vorwort</b>	<b>6</b>
<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>9</b>
<b>2</b>	<b>Definition und Funktionsweise von Standards</b>	<b>14</b>
2.1	Annäherung an eine Definition	14
2.2	Was macht Standards aus?	14
2.3	Wie wird die Einhaltung der Auflagen gewährleistet?	15
<b>3</b>	<b>Ursachen für das Aufkommen privater Standards</b>	<b>17</b>
3.1	Einzelhandelsinteressen	17
3.2	Verbraucher	18
3.3	Technologien	19
3.4	Europäische Landwirtschaft: Standards als Instrument im landwirtschaftlichen Wettbewerb	20
3.5	Erzeuger in den Entwicklungsländern	22
<b>4</b>	<b>Bedeutung freiwilliger privater Standards</b>	<b>23</b>
4.1	Zunahme der Bedeutung	23
4.2	Schwerpunkt tropische Erzeugnisse	25
4.3	Aus den Nischen in den Hauptstrom des Handels	26
4.4	Standards und Schwellenländer	28
<b>5</b>	<b>Welche Arten von Auflagen umfassen private Nachhaltigkeitsstandards?</b>	<b>28</b>

<b>6</b>	<b>Stärken und Schwächen der privaten Standards</b>	<b>32</b>
6.1	Private Standards bleiben in ihrem Wirken begrenzt	32
6.2	Stärken privater Standards	33
6.3	Schwächen privater Standards	34
<b>7</b>	<b>Das Spannungsverhältnis von privater und staatlicher Lebensmittelregulierung</b>	<b>39</b>
7.1	Private Standards sind handelspolitisch umstritten	39
7.2	Staatliche Regulierung bleibt begrenzt	40
7.3	Ko-Regulierung	40
7.4	Staatliche Standardpolitik	42
7.5	Nachhaltigkeit auf der Entwicklungsagenda	43
<b>8</b>	<b>Standardanpassung an lokale Bedingungen und Kleinerzeuger</b>	<b>45</b>
8.1	Wie flexibel sind private Standards?	45
8.2	Arten der Differenzierung	46
8.3	Instrumente der Differenzierung	47
<b>9</b>	<b>Informelle Märkte</b>	<b>48</b>
<b>10</b>	<b>Die Verantwortung der Regierungspolitik der Entwicklungsländer</b>	<b>51</b>
10.1	Eine flankierende Agrarmarktpolitik ist wichtig	51
10.2	Die Qualitätsanhebung erfordert einen generellen Kurswechsel	52
10.3	Welche flankierenden Politikmaßnahmen sind nötig?	53

<b>11</b>	<b>Politische Rahmenbedingungen in Deutschland</b>	<b>55</b>
11.1	Nationale politische Vorgaben	55
11.2	Politische Vorgaben der EU	57
11.3	Standards in der deutschen Entwicklungspolitik	61
11.4	Initiativen der Entwicklungspolitik	63
11.5	Meta-Governance Ansätze	65
11.6	Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDG)	68
<b>12</b>	<b>Forderungen an die beteiligten Akteure</b>	<b>70</b>
12.1	Erwartungen an die Bundesregierung - Felder der politischen Intervention	70
12.1.1	<i>Erwartungen zur globalen Standardpolitik</i>	71
12.1.2	<i>Kapazitäten in Entwicklungsländern ausbauen</i>	75
12.1.3	<i>Politikinkohärenzen in Europa und in Deutschland abbauen</i>	77
12.1.4	<i>Dialog der Beteiligten ermöglichen</i>	78
12.1.5	<i>Flankierende Politik für Standards fördern</i>	79
12.2	Erwartungen an bestimmte Akteure	80
12.2.1	<i>Erwartungen an die EU</i>	80
12.2.2	<i>Erwartungen an die privaten Standardinitiativen</i>	81
12.2.3	<i>Erwartungen an die Ernährungswirtschaft und den Lebensmittelhandel</i>	82
12.2.4	<i>Erwartungen an die Verbraucher</i>	83
12.2.5	<i>Erwartungen an Kirchen und kirchliche Einrichtungen</i>	83
<b>13</b>	<b>Statt eines Fazits</b>	<b>84</b>
	<b>Anhang I: Glossar der Fachbegriffe</b>	<b>88</b>
	<b>Anhang II: Verzeichnis der Abkürzungen</b>	<b>93</b>
	<b>Anhang III: Literaturverzeichnis</b>	<b>101</b>





























































































































































Viele dieser Regeln sind eindeutig nur für staatliche Standards relevant; sie lassen sich nicht auf private Standards übertragen. Andere dagegen sind wichtige allgemeinere Prinzipien der fairen Kooperation zwischen Standardsetzern und Standardnehmern.

### *Kodex zur guten Standardsetzungspraxis privater Standards*

Die GKKE schlägt vor, in Anlehnung an die Grundsätze des TBB und seines Kodex<sup>89</sup> einen ähnlichen „Kodex zur guten Standardsetzungspraxis **privater** Standards“ international zu entwickeln und zu paraphieren. Ein solcher Kodex sollte bei dem TBT-Komitee oder dem ITC angesiedelt werden. Die breite Mitgliedschaft der WTO, sein „rule based“-System, die Stringenz seines Rechtswesens und der direkte Bezug zum SPS- und TBT-Abkommen lassen diesen Vorschlag praktikabel erscheinen.

Die Interpretation und Implikationen der SPS- und TBT-Abkommen in Hinblick auf private Standards<sup>90</sup> sind zwischen den ärmeren Entwicklungsländern (Gruppe der 33 in der WTO) und den reichen Ländern umstritten. Die reichen Länder, in denen die Betreiber der Standardsysteme in erster Linie zuhause sind, verweigern jegliche Zuständigkeit des WTO-Regimes für nicht-staatliche Akteure. Die Entwicklungsländer berufen sich auf Artikel 8, TBT, und Artikel 13, SPS, in denen festgehalten ist, dass Regierungen dafür Sorge tragen müssen, dass private Akteure ihres Territoriums nicht gegen die Regeln der Abkommen verstoßen. Würde sich diese Rechtsauffassung durchsetzen, wäre die Bundesregierung zur Rahmensetzung für globale private Standards gezwungen.

### **12.1.2 Kapazitäten in Entwicklungsländern ausbauen**

Die GKKE fordert von der deutschen Entwicklungspolitik ein umfassendes Verständnis von Standards, das sich nicht auf die Förderung von Standardprogrammen für Exportprodukte beschränkt, sondern auch der Binnenmarktversorgung dient und die Bedingungen auf den informellen Märkten verbessert. Notwendige Mindesthygieneanforderungen und die Gefahr des Marktausschlusses von Kleinproduzenten auf informellen Märkten sollten dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden.

---

<sup>89</sup> TBB-Abkommen, Annex 3: „Code of Good Practice for the Preparation, Adoption and Application of Standards“

<sup>90</sup> Die Einwände gegen den angeblich rein privaten Charakter der privaten Standards haben 2005 St. Vincent + Grenadine (mit Unterstützung von Jamaika, Peru, Ekuador und Argentinien) vorgebracht. Die Länder nahmen damals Bezug auf die für sie unvorteilhaften Regelungen von EurepGAP zu Bananexporten

Die Mitbestimmung der Vertreter aus Entwicklungsländern an der internationalen Standardsetzung und an der nationalen Anpassung durch die Erzeuger muss verpflichtend geregelt werden.

Eine unmittelbare Verbesserung im Bereich der Standards in Entwicklungsländern wird durch die Unterstützung des staatlichen und privaten Kapazitätsausbaus mittels finanzieller und technischer Hilfe erreicht. Dazu verpflichten die SPS- und TBT-Abkommen die Standardgeber (entwickelte Länder) gegenüber den Standardnehmern (Entwicklungsländer). Hauptziel ist Entwicklungsländern zu helfen, ihren Marktzugang zu erhalten, wenn sich technische Hürden aufheben.<sup>91</sup>

Mit der zunehmenden Bedeutung der Standards im Süd-Nord-Handel nimmt der objektive Bedarf für Unterstützungsmaßnahmen zu. Deshalb müssen die in Handelsabkommen vorgesehenen Hilfen auch bei privaten Standards gewährt werden. Die Hauptlast dafür sollen die im internationalen Handel tätigen privaten Standardsetzer tragen. Das staatliche Capacity Building durch Europa soll dagegen primär der Aufbauhilfe einer gesellschaftlichen Infrastruktur dienen, die nicht nur die Compliance mit exportrelevanten Standards ermöglicht, sondern auch die Steigerung von Standards auf dem Binnenmarkt. (vgl. Kap. 10).

Als weitere Maßnahmen fordert die GKKE:

- Kofinanzierung von staatlichen ökosystemaren Dienstleistungsprogrammen im Agrarbereich in Partnerländern ausbauen,
- Thematik der Standards auf Binnenmärkten in das Curriculum der Ausbildung von Agrarberatern und Agrarökonomen integrieren,
- Stärkung von Erzeugergemeinschaften und deren Vermarktungsstrategien sowie die Förderung von Gruppenzertifizierung,
- Förderung der Bestandteile privater Standards, die auf die speziellen Bedürfnisse von benachteiligten Zielgruppen und Anbaugebieten eingehen (sog. SDG-Prämie),
- Stärkung von Stakeholdern zur Beteiligung am Design und zur Bewertung der Standards (Wissenschaft, staatliche Administration, Produzentenorganisationen, Gewerkschaften und NRO) sowie
- Förderung von Benchmarking-Prozessen, von Gründungen von nationalen Zertifizierungsfirmen in Entwicklungsländern, von Schulungsprogrammen für Standardberater (Farm Assurance Programm) und Be-

---

<sup>91</sup> Vgl. WTO 1995, S. 74

triebsprüfer und von Maßnahmen zur Senkung der Zertifizierungskosten.

### **12.1.3 Politikinkohärenzen in Europa und in Deutschland abbauen**

#### *Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)*

Die GKKE empfiehlt eine neutrale wissenschaftliche Überprüfung der 1. und 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP): Inwieweit dienen diese der Erreichung staatlicher Standards und verzerren damit den Wettbewerb zuungunsten armer Entwicklungsländer. Spezielle europäische Siegel und die EU-Qualitätsoffensive insgesamt sollen auf mögliche protektionistische Wirkungen hin untersucht werden. Das könnte z.B. das deutsche QS-Prüfsystem oder nationale Herkunftsbezeichnungen betreffen, die keine aussagekräftigen Informationen vermitteln, z.B. das D-D-D Label bei Fleisch.<sup>92</sup>

Es besteht ein politischer Widerspruch zwischen der EU-Agrarpolitik, die subventionierte staatliche Standards handelspolitisch als Qualitätsoffensive einsetzt, und einer unterstützenden Politik zu Sozial- und Öko-Standards in globalen Lieferketten (siehe Kap. 9). Wie groß der handelspolitische Protektionseffekt gegenüber einem Importangebot aus Entwicklungsländern ist, bleibt umstritten. Solche Wettbewerbsverzerrungen müssen eingestellt werden.

EU-Zertifizierungssysteme sollen sich – so weit sinnvoll<sup>93</sup> – auch für ausländische Erzeuger öffnen.

#### *Chemische Pflanzenschutzmittel*

Bei der Umweltpolitik spielt die Regulierung der chemischen Pflanzenschutzmittel eine wichtige Rolle. Deutschland ist der größte Exporteur von Pestiziden. Für einen großen Teil dieser Produkte ist in Deutschland keine Zulassung und damit Prüfung beantragt worden, weil sie in der deutschen Landwirtschaft nicht verwendet werden, wie bei vielen Insektiziden gegen tropische Schädlinge. Finden deutsche Zollbehörden jedoch bei Importen entsprechende Rückstände, wird die Ware zurückgewiesen. Die GKKE fordert, dass Pestizide, die aus Deutschland exportiert werden, vorher in der EU geprüft und zugelassen werden müssen, auch wenn sie in Europa direkt keine Anwendung finden.

---

<sup>92</sup> D-D-D: z.B. bei der Hähnchenfleischproduktion: in Deutschland gezüchtet, in Deutschland gemästet, in Deutschland geschlachtet.

<sup>93</sup> z.B. bei Regionalsiegeln würde es keinen Sinn machen.

## *Bilaterale Handelsverträge*

Bei bilateralen Handelsverträgen soll eine regulative Kooperation in Bezug auf ein gemeinsames Vorgehen bei internationaler Standardsetzung (wie z.B. bei SPS und Codex Alimentarius Kommission) vereinbart werden. Diese Kooperation steht unter dem Zeichen eines Politikdialogs über die Standardpolitik mit dem Ziel, die multilateralen Prozesse zu stärken und nicht die bilaterale Harmonisierung, die meist auf eine einseitige Dominanz der Standards des stärkeren Handelspartners hinausläuft.<sup>94</sup>

### **12.1.4 Dialog der Beteiligten ermöglichen**

#### *Meta-Standards*

Der Zusammenschluss zu Meta-Standards wird vom Staat gefördert, als Plattform globaler Standarddialoge gestärkt, als Richtschnur für die Standardregistrierung aufgewertet und als mögliche Durchführungsorganisation operativer Projekte anerkannt.

#### *Internationale Plattformen*

Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, sich in internationalen Plattformen (UNFSS, ITC, resolve, COSA, SSI, usw.) zu engagieren, sich an der Finanzierung derer Programme zu beteiligen, ihnen Aufgaben zu übertragen (z.B. Evaluierung, Monitoring, Registrierung, Datenbanken, Organisation von Diskussionsplattformen), ihre eigenen politischen Instrumente mit den globalen zu koordinieren und dort erarbeitete Erkenntnisse in ihr politisches Handeln zu integrieren. In diesem Rahmen sollte die Bundesregierung in Entwicklungsländern Multi-Stakeholder Foren, die sich mit Standards in globalen Lebensmittel-Lieferketten beschäftigen, fördern und sich an ihnen beteiligen.

#### *Multi-Stakeholder Task-Force*

Die GKKE empfiehlt der Bundesregierung wie in Frankreich eine unabhängige Multistakeholder Task Force einzusetzen. Diese beobachtet und berichtet über die Fairness, Vertrauenswürdigkeit und Inklusion privater Standards, fungiert als

---

<sup>94</sup> Das ist z.B. modellhaft geregelt in dem Freihandelsabkommen der EU mit Chile. Der vorgesehene „regulative Rat“ und die festgehaltenen Ziele der Globalisierung der Standardregelungen von TTIP gehen in die falsche Richtung, hin zu einem Mechanismus koordinierter globaler Machtansprüche im Standardbereich.

Schiedsstelle, prüft die Berichte, koordiniert die verschiedenen Maßnahmen und ist deutsche Relais-Station für den internationalen Dialog. In diesem müssen auch Vertreter entwicklungspolitischer Organisationen (Nichtregierungsorganisationen und Staat) vertreten sein.

### **12.1.5 Flankierende Politik für Standards fördern**

Die GKKE empfiehlt der Bundesregierung die Zuständigkeiten für Federführung für ihre globale Standardpolitik zu Agrar- und Lebensmitteln zwischen den verschiedenen Bundesministerien klarer zu regeln. Die Übernahme von Nachhaltigkeitsstandards soll Voraussetzung sein für Maßnahmen der Entwicklungspolitik mit landwirtschaftlicher Produktions- und Vermarktungskomponente wie der Privatwirtschaftsförderung und der Entwicklungspartnerschaften mit dem Privatsektor, der German Food Partnership und der landwirtschaftlichen Kooperationsprojekte des BMEL.

#### *Stärkung der Akzeptanz qualitativ hochwertiger privater Standards*

Die Bundesregierung soll die Akzeptanz privater Standards, die gemäß den Leitlinien einer guten Praxis für Standardinitiativen registriert und bewertet sind (siehe Forderungen an die Bundesregierung) in der internationalen Politik stärken. Staatliches Handeln soll diese auch gegenüber den Verbrauchern und den Unternehmen in Europa durch entsprechende Handeln bzw. Maßnahmen aufwerten. Wenn beispielsweise einem privaten Standard in einem internationalen Vertrag eine Rolle zuerkannt wird oder er in der nationalen Gesetzgebung zur Vorgabe gemacht wird, bedeutet das eine Aufwertung von Zertifizierungssystemen guter Praxis insgesamt. Das Vorbild wird ausstrahlen. Das ist jetzt schon in einigen Bereichen der Fall, z.B. bei der Lebensmittelsicherheit (HACCP), im internationalen Handel mit regenerativer Energie (EEG-Gesetz) und wird eine große Bedeutung bekommen in künftigen Klimaabkommen (Carbon-Footprint Standards). Handelspolitisch könnte die EU zertifizierter Ware Zollvergünstigung einräumen, wie bereits das GSP-plus umweltfreundliche Regierungspolitik belohnt. Beim öffentlichen Beschaffungswesen sollte für zertifizierte Ware Vorrang eingeräumt werden.



## 12.2 Erwartungen an bestimmte Akteure

### 12.2.1 Erwartungen an die EU

#### *Blockadehaltung gegenüber staatlichen Vorgaben aufgeben*

Die GKKE erwartet von der EU, dass sie ihre Blockadehaltung gegenüber einer staatlichen Vorgabe – Leitlinien für die gute Praxis von privaten Standardinitiativen – aufgibt und für die Nachhaltigkeit einen Mindestkriterienkatalog vorgibt.

#### *Registrierung privater Standards*

Zusammen mit den Meta-Standards und internationalen Organisationen soll sie sich für eine Registrierung von privaten Standards einsetzen.

#### *Teilnahme an Wirkungsanalysen und Bewertung privater Standards*

Sie soll sich den internationalen neutralen Prozessen der Wirkungsanalysen und Bewertungen von privaten Standardinitiativen anschließen und mit ihnen zusammenarbeiten.

#### *Entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung fördern*

Die GKKE fordert von der EU die entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung der europäischen Zivilgesellschaft zu nachhaltigen Standards und fairen Handelsbeziehungen weiterhin und verstärkt zu fördern.

#### *Missbrauch von Standards verhindern*

Die EU muss sicherstellen, dass die B2B-Standards den Vorschriften des europäischen Wettbewerbsrechts entsprechen. Standards dürfen nicht missbraucht werden zur Irreführung der Käufer, unfairen Geschäftspraktiken, Machtmissbrauch auf den Märkten, unlauterem Wettbewerb und geheimen Absprachen. Das EU-Recht zur staatlichen Akkreditierung von Betriebsprüfern und Zertifizierern soll genutzt werden, um Transparenz und Verbindlichkeit der Zertifizierungsunternehmen zu erhöhen und den privaten Standardinitiativen dadurch eine bessere gesellschaftliche Glaubwürdigkeit zu vermitteln. Kleine nationale Zertifizierungsfirmen müssen eine Chance zur Akkreditierung erhalten.

## *12.2.2 Erwartungen an die privaten Standardinitiativen*

### *Partizipation und Mitbestimmung der Vertreter von Entwicklungsländern verbessern*

Die GKKE erwartet von den Organisationen der privaten Standardinitiativen, dass sie die Partizipation und Mitbestimmung durch Vertreter aus Entwicklungsländern in den Entscheidungsgremien verbessern und aktiv fördern. Dabei müssen besonders die Kleinerzeugerguppen eine Möglichkeit bekommen, sich besser mit ihren Anliegen in die Entscheidungsprozesse einzubringen.

### *Anpassung von Standardkriterien an lokale Rahmenbedingungen*

Die Standardsetzer müssen größere Anstrengungen unternehmen, um Standardkriterien besser an die verschiedenen örtlichen Kontexte anzupassen. Besonderer Wert ist darauf zu legen, dass nationale Interpretationen der Kriterien zugelassen werden, wie z.B. lokale Gewohnheiten, Materialien und kulturelle Aspekte. Für unterschiedliche Betriebstypen wie kleine Familienbetriebe oder große Anwesen muss es hinsichtlich bestimmter Regelungen auch unterschiedliche Anforderungen geben. Die Standardinitiativen sollen die Anforderungen an die Möglichkeiten der Kleinbauern in Entwicklungsländern anpassen und die Kleinbauernfreundlichkeit ihrer Standards selbst zu einem eigenen Standardbereich ausbauen. Dabei sollen sie auf eine Senkung der Audit- und Zertifizierungskosten hinwirken. Das Problem, dass sich Kleinerzeuger auf häufige Änderungen der Standardkriterien und damit verbundene neue Anforderungen anpassen müssen, soll reduziert werden.

### *Einrichtung beratender Arbeitsgruppen*

Die Standardinitiativen sollen in allen Ländern, in denen sie aktiv sind, begleitende und beratende Arbeitsgruppen einrichten. Sie dienen als Beraterkreise für die Zentrale, als Vermittler nationaler Belange und organisieren den Dialog mit nationalen Stakeholdern (Verbraucher, Privatwirtschaft, Regierung).

### *Zusammenarbeit*

Private Standardinitiativen sollen stärker zusammenarbeiten und bestehende Standards anerkennen und übernehmen, statt zunehmend neue zu schaffen (Wildwuchs).

### *Mitwirkung beim Aufbau von Meta-Standards*

Die privaten Standardinitiativen sollen am Aufbau von Meta-Standards, Leitlinien und Standard-Registern (vgl. oben) konstruktiv mitarbeiten.

### **12.2.3 Erwartungen an die Ernährungswirtschaft und den Lebensmittelhandel**

#### *Einkaufspolitik zugunsten zertifizierter Ware*

Die GKKE fordert die weiterverarbeitende Ernährungswirtschaft und den Lebensmitteleinzelhandel dazu auf, auf solche zertifizierte Ware zu setzen, die den oben genannten Mindestanforderungen für Standards genügt. Damit muss außerdem die Herstellung von Transparenz verbunden sein, ob die mit der zertifizierten Ware versprochenen Standards auch eingehalten werden.

#### *Kundenaufklärung zu Sozial- und Ökostandards*

Die GKKE erwartet ein stärkeres Engagement des Einzelhandels für die Aufklärung der Kunden über die Bedeutung von sozialen und ökologischen Standards in globalen Lieferketten. Die Übermittlung dieser Informationen sollte sich in Stil und Charakter deutlich von der gängigen Werbung abheben.

#### *Berücksichtigung von Kleinerzeugern*

Einkäufer sollen die Zertifizierungssysteme ihrer globalen Lieferkette daraufhin überprüfen, ob und in welchem Umfang der Einbezug von Kleinerzeugern in Entwicklungsländern besondere Beachtung findet.

#### *Engagement bei Capacity Building*

Eine stärkere Einbindung von Entwicklungsländern und den lokalen Kleinerzeugern ist ohne intensive Schulung, Beratung und Betreuung der Erzeugergruppen nicht machbar. Bisher wird dieses Engagement weitgehend von den Exporteuren vor Ort, einheimischen Nichtregierungsorganisationen und dem staatlichen Beratungswesen geleistet. Aufgaben, die unmittelbar zu einer Geschäftsbeziehung gehören, dürfen nicht vollständig externalisiert werden. Die GKKE erwartet von den deutschen Supermarktketten und der aufkaufenden Ernährungsindustrie ein finanzielles Engagement zu Capacity Building in den Ursprungsländern.

## *Meta-Standards statt firmeneigene Standardprogramme*

Die GKKE sieht den Trend zu firmeneigenen Standardprogrammen, deren Inhalte oft intransparent sind und deren Kontrolle schlecht überprüfbar ist, mit Sorge und fordert ein Umdenken. Zu viele unterschiedliche Lebensmittelstandards tragen zum Wildwuchs bei, der eher Verwirrung statt Aufklärung schafft. Außerdem sind Zusammenschlüsse von Standards und die Koordination durch Meta-Standards wichtige Schritte, um die globale Bedeutung des Instruments in globalen Lieferketten ökonomisch und politisch zu stärken, was letztlich ein gemeinsames Ziel der Wirtschaft und der Politik ist.

### **12.2.4 *Erwartungen an die Verbraucher***

Das individuelle Konsumverhalten ist von dem gesellschaftlichen Bewusstseinsstand abhängig. Nachhaltige Produktions- und Konsummuster sind nur zu erreichen, wenn die Sorge um nachhaltige globale Zukunftssicherung und weltweite Gerechtigkeit handlungsleitend wird. Bewusstsein entwickelt sich nicht ohne Informationen, aber diese allein reichen nicht aus. Das Wissen über die planetarischen Grenzen und über die Bedeutung einer globalen nachhaltigen Entwicklung muss in allen Gruppen der Gesellschaft – inklusive dem Privatsektor – zunehmen.

Von den Verbrauchern erwartet die GKKE, dass sie nicht nur preisbewusst einkaufen, sondern sich auch für die Produktionsbedingungen der Ware interessieren und sich darüber informieren. Der Kauf von zertifizierter Ware und die vorausgehende Erkundigung darüber, was das Zertifikat leistet, ist ein wichtiger Schritt. Jeder Konsument und jede Konsumentin kann beim Einkauf durch kritische Rückfragen deutlich zu verstehen geben, dass ihm bzw. ihr Informationen über die Herkunft, die Umweltbilanz und die Produktionsbedingungen der Ware wichtig sind.

### **12.2.5 *Erwartungen an Kirchen und kirchliche Einrichtungen***

Kirchen und kirchliche Einrichtungen müssen in ihrem eigenen Tun und Handeln glaubwürdig für weltweite Gerechtigkeit und nachhaltige globale Zukunftssicherung angesichts planetarischer Grenzen eintreten.

Die Kirchen in Deutschland haben zwar einen Diskurs über „gutes Leben für alle“ und die damit verbundenen Konsummuster begonnen. Aber dieser Diskurs wird nur vereinzelt und begrenzt geführt. Auch ist eine umfassende theologische Reflexion der globalen Nachhaltigkeitsfragen erst im Entstehen.

Sehr viele kirchliche Einrichtungen und Gemeinden haben begonnen, bei der Beschaffung nachhaltigkeitszertifizierte Ware und ökologisch und fair produzierten Kaffee einzukaufen. Auf das Gros der verwendeten Lebensmittel trifft das jedoch noch nicht zu. Nicht zuletzt haben Kirchen und Gemeinden einen umfassenden Bildungsauftrag. Die GKKE fordert Kirchen und Gemeinden auf, auch den individuellen Lebensmittelkonsum kritisch zu reflektieren. Über das Thema privater Lebensmittelstandards kann dabei ein Bewusstsein für nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum vermittelt werden.

### **13 Statt eines Fazits**

Aus der Perspektive von Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika beobachtet die GKKE die rasante Ausbreitung von privaten Standards im Agrar- und Lebensmittelbereich hinsichtlich der Auswirkungen auf wichtige entwicklungspolitische Zielgruppen mit Sorge. Zur Verbreitung der Standards haben das rasche Wachstum und die kommerziellen Erfolge des globalen Güter austausches mit Zertifizierung beigetragen.

Im Bereich des internationalen Lebensmittelhandels sind die freiwilligen privaten Standards inzwischen weit verbreitet und etabliert. Das gilt sowohl für den Binnenmarkt der EU, im OECD-Bereich als auch im Agrarhandel mit tropischen Erzeugnissen. Die größten Standardinitiativen sind „Business-to-Business“-Standards, die gegenüber den Verbrauchern nicht angezeigt werden. Viele von ihnen enthalten Sozial- und Umweltstandards, die bereits durch nationales Recht eingefordert werden, sowie menschenrechtliche Komponenten, die in internationalen völkerrechtlichen Übereinkommen verankert sind wie die ILO-Kernarbeitsnormen. Dem entsprechend müssen die Maßstäbe bei der Einhaltung und Überprüfung bzw. bei der Wirkungsbeurteilung einzelner Komponenten der Standards angelegt werden.

Die rasche Verbreitung der privaten Standardsysteme hat gravierende und oft negative Auswirkungen auf die Produktions- und Vermarktungsbedingungen von Kleinbauern und Kleinerzeugern. Vielen wird durch hohe und unflexible Auflagen der Marktzugang erschwert. Sie werden in informelle Märkte abgedrängt, wenn es ihnen nicht gelingt, sich ausreichend zu qualifizieren bzw. wenn die Auflagen nicht an die spezifischen Bedingungen vor Ort angepasst werden. Private Standards können unter günstigen Rahmenbedingungen aber auch Chancen für Kleinerzeuger eröffnen.

Staatliche Akteure der Internationalen Zusammenarbeit setzen große Hoffnungen auf freiwillige soziale, ökologische und ökonomische Standards, die von der Wirtschaft mitgetragen werden. Sie sollen den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung mit der marktwirtschaftlichen Orientierung verbinden. Was der Staat nicht erreichen kann, mögen freiwillige Standards schaffen. Andererseits rufen zunehmend auch Wirtschaftsakteure nach verbindlicheren staatlichen Vorgaben, um Rechtssicherheit gerade in den Produktionsländern zu fördern. Dies gilt vor allem für die sozialen und ökologischen Standards.

Private Standards allein sind nicht der Königsweg für die Verfolgung eines globalen nachhaltigen Entwicklungswegs. Zum einen, weil die Vermischung rechtlich bindender Sozial-, Umwelt und Menschenrechtsstandards einerseits und wirtschaftsmotivierter Standards andererseits die Beurteilung von Nachhaltigkeit und Entwicklungstauglichkeit eines Standards erschwert. Zum anderen kann ihre mikroökonomische Ausrichtung nicht alle gesellschaftlichen Aspekte einer Nachhaltigkeitsagenda umfassend abdecken. Private Standards können staatliches Handeln also nicht ersetzen.

Der Staat muss zunächst gewährleisten, dass die verpflichtenden menschenrechtlichen Komponenten der Standards eingehalten werden. Darüber hinaus müssen die Schwächen der Standardsysteme abgebaut werden. Hierzu zählen die Gefahr der technischen Handelsbarrieren, Machtstrukturen und fehlende Partizipation bei der Standardsetzung, mangelnde Rücksichtnahme auf spezielle Verhältnisse in Entwicklungsländern, hohe Kosten der Zertifizierung, sozialer Ausschluss sowie mangelnde Sanktionsmechanismen bei Nicht-Einhaltung. Gleichzeitig sind Stärken und Chancen zu fördern. Hierzu zählen Zugang zu gehobenen Märkten, Prämienpreise, länderübergreifende Regulierung, internationale gegenseitige Anerkennung, auf betriebliche Ebene heruntergebrochene Indikatoren, Einbindung in bestehende oder entstehende Lieferbeziehungen, selbstfinanzierte Regulierungs- sowie aktive Lernsysteme.

Eine Herausforderung stellen die inflationäre Zunahme der Anzahl solcher Standardinitiativen und der damit einhergehende Verlust an Übersichtlichkeit dar. Allein in der EU sind über 400 verschiedene Standards im Agrar- und Lebensmittelbereich (privat) gelistet. Diese Zunahme kann zu Irreführung der Käufer, mangelnder Transparenz, Green Washing, Überlappungen, hohen Kosten der Mehrfachzertifizierung und neuen Marktzugangsbeschränkungen führen.

Wenn die Politik die Verantwortung für eine Regulierung den nichtstaatlichen privaten Akteuren überlässt, muss sie zumindest einen Rahmen setzen, in dem die Privaten operieren können. Für die Umsetzung menschenrechtlicher, sozialer und ökologischer Mindeststandards muss die Politik die Verantwortung übernehmen und sich vorbehalten, Unternehmen bei Nicht-Einhaltung oder Umgehung dieser Standards zur Verantwortung ziehen zu können. Darüber hinaus ist eine sinnvolle Ergänzung der staatlichen Regulierung durch private Standards nötig. Schon jetzt gibt es eine große Bandbreite an Formen der Ko-Regulierung in diesem Bereich. Auf diesen Erfahrungen sollte aufgebaut werden.

Eine entwicklungspolitisch förderliche Wirkung von Standards ist aufgrund folgender Faktoren begrenzt: hohe Anforderungen an eine funktionsfähige technische und personelle Infrastruktur, Orientierung auf Exportfrüchte und mögliche politische Vernachlässigung informeller Binnenmärkte und ihrer Bedeutung für die Ernährungs- und Einkommenssicherung in Entwicklungsländern. An die spezifischen Bedingungen angepasst und orchestriert können private Lebensmittelstandards jedoch wirkungsvolle Instrumente für die Umsetzung internationaler Politik für global nachhaltige Entwicklung auf globalisierten Märkten sein.

Vor dem Hintergrund dieser entwicklungspolitischen Überlegungen fordert die GKKE:

1. Die Bundesregierung soll staatliche Leitlinien erstellen, die eine gute Praxis für Standardinitiativen vorgeben. Diese sollen den Rahmen abstecken, nach dem sich solche Initiativen registrieren lassen können. Die Leitlinien sollten Teil eines international abzustimmenden Rahmenwerkes werden.

Diese Leitlinien sollen Anforderungen an die Klarheit der Standardkriterien umfassen, an den Einbezug der Stakeholder in die Standardsetzung, an die Nachweismethoden der Konformität, an Regelungen zur Streitschlichtung, an die Mindestanforderungen zu Nachhaltigkeit, an die Einhaltung international gültiger Richtlinien, wie z.B. für Menschen- und Arbeitnehmerrechte, verantwortungsvolle Investitionen in Land, Respekt wettbewerbsrechtlicher Bedingungen sowie Anstrengungen zur sozialen Inklusion.

2. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass auf der Grundlage dieser Leitlinien private Standards staatlicherseits registriert werden können.

Mit der Registrierung geht die Vergabe eines staatlichen Prüfsiegels einher. Dieses Prüfsiegel kann von den privaten Standards zum Nachweis ihrer formalen Glaubwürdigkeit genutzt werden. Mit der Registrierung ist außerdem eine öffentliche Datenbank mit Zugang zu allen relevanten Informationen zu den Standards und der Funktion eines Qualitätschecks verbunden.

3. Die Bundesregierung soll in Abstimmung mit den EU-Mitgliedsstaaten anerkennen, dass die relevanten WTO-Abkommen, die internationale Mitbestimmungs- und Nichtdiskriminierungsvorschriften für staatliche Standardsetzung regeln, auch für private Standards gelten. Regierungen müssen sicherstellen, dass private Akteure im jeweiligen Land nicht gegen die Handelsregeln der Abkommen verstoßen.

Damit Lebensmittelstandards ihr entwicklungspolitisches Potential besser entfalten können, sieht die GKKE Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

4. Im deutschen agrarpolitischen Engagement in Entwicklungsländern muss die Förderung von Standardprogrammen für Exportprodukte einhergehen mit Maßnahmen, die der Binnenmarktversorgung dienen und die die Bedingungen auf informellen Märkten verbessern.
5. Die Europäischen Agrar-, Lebensmittel- und Handelspolitiken sind gemäß dem Lissabon-Vertrag (Policy Coherence for Development, PCD) auf ihre Entwicklungsverträglichkeit zu überprüfen; Inkohärenzen und Widersprüche sind abzubauen.
6. Der Dialog der Beteiligten, wie z.B. Standardsetzer, Produzenten, Verbraucher, Handel muss auf internationaler wie nationaler Ebene gefördert und verstetigt werden.
7. In Entwicklungsländern müssen Kapazitäten zu pro-aktiver Strategieentwicklung und Mitgestaltung sowie bei der Nutzung von privaten Standards ausgebaut werden.



## Anhang I: Glossar der Fachbegriffe

Akkreditierung	Offizielle Anerkennung und Zulassung eines Funktionsträgers, hier: Zertifizierer
Äquivalenzabkommen	Abkommen zwischen verschiedenen Parteien, wonach sie anerkennen, dass ihre unterschiedlichen Regelwerke als gleichwertig anerkannt werden.
B2B	Business to Business Standard: Ein Standard, der unter Verkäufern und Aufkäufern vereinbart wurde und i.d.R. nicht an den Endverbraucher weiter kommuniziert wird.
Benchmarking	Prozess des Vergleichs von dem, was eine Organisation tut, zu dem, was eine andere Organisation tut, mit dem Ziel um Anerkennung der Äquivalenz.
Betriebsaudit (-prüfung)	Ein unabhängiger Betriebsprüfer kommt auf den Betrieb und geht alle „Bücher“ und Abläufe durch, um die Solidität des Geschäftsgebarens festzustellen.
Betriebsgrößenneutral	Die Kosten pro produzierter Einheit sind auf einem kleinen Betrieb die gleichen wie auf einem großen.
Bio	Biologischer (oder ökologischer) Landbau und seine Produkte
Capacity Building	Der Aufbau von personellen und physischen Kapazitäten zur Bewältigung einer Aufgabe.
Cash-Crops	Verkaufsfrüchte (im Gegensatz zu Subsistenzfrüchte)
Chain of Custody	Die Identitätsbewahrung einer Ware durch die ganze Lieferkette hindurch mit strikter Trennung auf jeder Stufe.
Codex Alimentarius	Der Codex Alimentarius (lat. für Lebensmittelkodex) ist eine Sammlung von Normen für die Lebensmittelsicherheit und -produktqualität, die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen herausgegeben wird.

Drei Schwestern	Darunter fallen drei Internationale Organisationen, die dem UN-System angehören und für Lebensmittelsicherheit, Tier- und Pflanzengesundheit zuständig sind.
Eigner von Standards	Der Eigner von Standards ist die Gruppe der einflussreichsten Betreiber, die die Standardsetzung bestimmen.
EL	Gebräuchliche Abkürzung für Entwicklungsländer.
Fairtrade	Oberbegriff für alle Initiativen und Labels, die sich für die Prinzipien eines fairen internationalen Handels einsetzen.
GlobalG.A.P.	Einer der größten Lebensmittelstandards, dessen Eigner vor allem die Supermarktketten Europas sind.
Green Washing	Praktiken der Öffentlichkeitsarbeit und der Manipulation, um Unternehmensaktivitäten einen umweltfreundlichen Anschein zu verleihen.
Gruppe der 33	Es handelt sich um einen lockeren Zusammenschluss von ärmeren Entwicklungsländern in der WTO, die ihre Positionen in den Verhandlungen zu koordinieren versuchen.
Informelle Märkte	Märkte in Entwicklungsländern, die nicht (oder kaum) reguliert sind und sich vornehmlich unter freiem Himmel abspielen.
Konformität	Die Erfüllung von Auflagen.
Kontrollpunkte	Die praktischen Indikatoren der Standardkriterien, die auf dem Hof überprüft werden müssen.
Label	Das Zeichen oder Siegel auf der Verpackung, das für einen Sachverhalt steht.
localG.A.P.	Ein von GlobalG.A.P. ins Leben gerufener Vorstandard, der weniger anspruchsvoll ist und die Landwirtschaftsbetriebe auf GlobalG.A.P. vorbereiten soll.

Meta-Standards	Ein Zusammenschluss mehrerer Standardinitiativen, die sich gemeinsam bestimmte Regeln gesetzt haben.
Multilateral	Wenn mehrere Akteure kooperativ, prinzipiell und gleichberechtigt gemeinsam handeln.
Multistakeholder Dialog	Diskussionen aller an einem Prozess beteiligten Interessensgruppen.
Nachhaltigkeitsstandards	Standards, die mindestens soziale, ökologische und ökonomische Kriterien verfolgen.
Notifizierung	Bestimmter vereinbarter Prozess (hier bei der WTO), wonach eine Partei die anderen über einen neuen Standard informieren muss.
NTEC	Non Traditional Export Crops (nicht traditionelle Exportpflanzen): Damit werden bestimmte Lebensmittel oder Agrarprodukte bezeichnet, die neuerdings vermehrt aus EL ausgeführt werden.
Open source	Standard oder Prinzipien, deren geistiges Eigentum keinem „gehört“ und über die alle geistig und physisch frei verfügen können.
Outgrower Scheme	Eine Gruppe von Kleinbauern wird durch einen großen Betrieb organisatorisch und technisch betreut, beliefert und/oder ihre Erzeugnisse abgenommen.
Prämienpreis	Ein Erzeuger erhält einen besseren Preis vom Kunden, weil sich sein Produkt auszeichnet.
Primärprodukte	Produkte der Primärstufe, also unverarbeitete Rohware aus der Natur.
Private Standards	Es handelt sich um einen Satz von Kriterien oder Regeln, denen sich Erzeuger freiwillig fügen, um Marktzugang zu erhalten.

SDG	Sustainable Development Goals (Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele), von der UN-Generalversammlung 2015 zu verabschiedendes Programm für die globale nachhaltige Entwicklung.
Siegel	Wie Label: ein Zeichen, das für einen Sachverhalt steht.
Standardallianzen	Ein Zusammenschluss von mehreren ursprünglich unabhängigen Standards zu einem neuen Standard.
Standardanpassung	Die Auflagen eines Standards unterscheiden sich je nach Kontext und/oder Zielgruppe.
Standarddrift	Die Wanderbewegung eines Standards von zunächst einer Nische in breitere Bereiche des Mainstream.
Standardinitiative	Wie Standardorganisation: die institutionelle Form der Geschäftsführung eines Standards.
Standardkriterien	Wie Kontrollpunkte: die inhaltlichen Anforderungen, die an die Erzeuger gestellt werden.
Standardnehmer	Diejenigen, die die Bedingungen eines Standards hinnehmen haben, wenn sie Marktzugang wollen.
Standardorganisation	Siehe: Standardinitiative
Standardsetzer	Diejenigen, die die Bedingungen eines Standards bestimmen.
(Semi-)Subsistenz	(Teil-) Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln der Familie durch den eigenen Betrieb.
Verifizierung	Das System der Kontrolle und Bestätigung, wonach ein Betrieb die Auflagen erfüllt.
Vertragslandwirtschaft	Der Agrarbetrieb hat einen Vertrag mit dem Aufkäufer, der ihn an Lieferbedingungen bindet.

Wertschöpfungskette	Der Fluss eines Gutes durch alle Verarbeitungs- und Dienstleistungsstufen und die Mehrwertschöpfung auf jeder Stufe.
Zertifizierung	Ein formales Verfahren der Bestätigung, das mit einem schriftlichen Zertifikat endet.
Zertifizierungssystem	Die Bedingungen des Verfahrens zur Zertifizierung.

## Anhang II: Verzeichnis der Abkürzungen

4C-Association	Common Code for the Coffee Community
ACP (AKP)	Afrika, Karibik, Pazifik (im Rahmen des Cotonou-Abkommens mit der EU assoziierte Staatengruppe)
AfriCert	Zertifizierungsfirma Afrikas
AG3WL	Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden
B2B	Business to Business (Standard)
B2C	Business to Consumers (Standard)
BCI	Better Cotton Initiative
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRC	British Retail Consortium, Standard einer Gruppe britischer Einzelhändler
C.A.F.E.	Coffee and Farmer Equity, firmeneigener Qualitätsstandard von Starbucks
CEN	Comité Européen de Normalisation, Komitee für Normung
COSA	Committee on Sustainability Assessment
CTA	Technical Centre for Agriculture and Rural Cooperation
develoPPP	Programm des BMZ für die Kooperation mit dem Privatsektor

DG	Generaldirektion der EU-Kommission (wie das Ministerium)
DG-Dev	EU-Generaldirektion für Entwicklung
EAC	East African Community
EAFRD	European Agricultural Fund for Rural Development
EAOPS	East African Product Standard
EDF	European Development Fund
EEG	Energieeinsparungsgesetz
EFSA	European Food Safety Authority
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EMAS	Eco Management and Audit System
ETI	Ethical Trading Initiative
ETP	Ethical Tea Partnership
EU	Europäische Union
EU-RED	Erneuerbare Energierichtlinie der EU
Eurep	Euro-Retailer Produce Working Group
EUTR	EU Timber Regulation
FAB-Principles	Food and Agro-Business, Prinzipien des Global Compact
FAO	Welternährungsorganisation
FLO	Fairtrade Labelling Organizations

FLP	Flower Label Program
FPEAK	Fresh Produce Exporters Association of Kenya
FPIC	Free, Prior and Informed Consent
FSC	Forest Stewardship Council
FSI	Floriculture Sustainable Initiative
FSP	Fairtrade Sourcing Program
G7	Gipfeltreffen der 7 westlichen Industriestaaten
GAFTA	Grain and Free Trade Association
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik (der EU)
G.A.P.	Good Agricultural Practice
GATT	General Agreement on Tariff and Trade
GFSI	Global Food Safety Initiative
GI	Geographical Indication
GIAE	Grüne Innovationszentren für landwirtschaftliche Erzeugung und Vermarktung
GIZ	Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit
GMO	Genetically Modified Organism, gentechnisch veränderter Organismus
GOMA	Global Organic Market Access



GRASP	General Responsibility Assignment Software Patterns, bezeichnet eine Menge von Entwurfsmustern, mit denen die Zuständigkeit bestimmter Klassen objektorientierter Systeme festgelegt wird.
GSFP	Global Food Security Initiative
GSP (plus)	General System of Preferences (plus: Zusatzbe- lohnung)
GSSI	Global Sustainable Seafood Initiative
GVO	Genetisch veränderte Organismen
HACCP	Hazard Analysis and Critical Control Points
HAFL	Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwirt- schaft
HCDA	Horticultural Crops Development Authority
IAASTD	International Agricultural Assessment of Science and Technology for Development
ICIPE	International Centre of Insect Physiology and Ecolo- gy
IFAT	International Federation of Alternative Trade
IFOAM	International Federation of Organic Agricultural Movements
IFPTI	International Food Protection Training Institute
IFS	International Featured Standards
ILO	International Labor Organization
IOE	International Organization of Employers

IPPC	International Plant Protection Convention
ISA	International Society of Arboriculture
ISCC	International Sustainability & Carbon Certification
ISEAL	Alliance International Social and Environmental Accreditation and Labelling Alliance
ISO	International Standard Organization
ITC	International Trade Centre
JO-IN	Joint Initiative on Corporate Accountability and Workers Rights
KARI	Kenya Agricultural Research Institute
KEBS	Kenya Bureau of Standards
KEPHIS	Kenyan Plant Health Inspectorate Service
KOAN	Kenyan Organic Agricultural Network
KSH	Kenyan Shilling
LDC	Least Developed Countries
MDG	Millennium Development Goals
NAREN	Sektorvorhaben Nachhaltige Landwirtschaft der GIZ
MFN	Most Favored Nation, Meistbegünstigungszollsatz
MKS	Maul- und Klauenseuche
MSC	Marine Stewardship Council
MRL	Minimum Residues Level

NGO (NRO)	Non Governmental Organization (Nichtregierungsorganisationen)
NORMS	National Organic Movements in East Africa
NTB	Non Tariff Barriers
NTEC	Non Traditional Export Crops
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OIE	World Organization for Animal Health
OSEA	Organic Standard in East Africa
PCB	Polychlorierte Biphenyle
PCD	Policy Coherence for Development
PDO (g. U.)	Protected Designation of Origin (geschützter Ursprung)
PEFC	Program of Endorsement of Forest Certification Schemes
PGI	Protected Geographical Indication
PGS	Participatory Guarantee System
PIP	Pesticide Initiative Program
PPP	Public Private Partnership
PSR	Producers' Support Relations
QMS	Qualitätsmanagement und Kontrollsystem

Q&S	Qualität und Sicherheit (QS Prüfsystem für Lebensmittel in Deutschland)
RASFF	Rapid Alert System for Food and Feed resolve.org Steering Committee of the State-of-Knowledge Assessment of Standards and Certification
RFID	radio-frequency identification (Warenkontrolle in Supermärkten)
RA/SAN	Rainforest Alliance / Sustainable Agricultural Network
RISE	Response-Inducing Sustainability Evaluation
RSPO	Round Table for Sustainable Oil Palm
RTS	Round Table for Responsible Soy
SAFA	Sustainability Assessment of Food and Agriculture der FAO
SAI(-Plattform)	Social Accountability International
SA 8000	Internationaler Standard zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Organisation SAI
SDG	Sustainable Development Goals
SEWOH	Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger (des BMZ)
SPS	Sanitary and Phytosanitary (Vertrag der WTO)
SQF	Safe Quality Food
SSI	State of Sustainability Initiatives
TBT	Technical Barrier to Trade
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership

UgoCert	Uganda Certification Company
UNCED	UN Conference on Environment and Development, Rio 1992
UNECE	UN Economic Commission for Europe
UNCTAD	UN Conference on Trade and Development
UNEP	UN Environment Program
UNDP	UN Development Program
UNFSS	UN Forum on Sustainable Standards
UNIDO	UN Industrial Development Organization
UTZ	Utz-Kapeh: „guter Kaffee“ in der Maya-Sprache
WB	Weltbank
3WL	Dritte Welt Laden
WSK	Wertschöpfungskette
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte
WSSN	World Standard Services Network
WTO	Welthandelsorganisation
WWF	World Wide Fund for Nature

## Anhang III: Literaturliste

Asfaw, Solomon, Global Agrifood Supply Chain, EU-Food Safety Standards and African Small-Scale producers – The Case of High-Value Horticultural Export from Kenya, Pesticide Policy Project, Special Issue Publication Series No. 13, Hannover, Dec. 2008

BMZ/GIZ (2014), Qualitätsscheck Nachhaltigkeitsstandards, Factsheet, Bonn/Eschborn Aug 2014

Bundeskartellamt, Zusammenfassung Sektoruntersuchung Lebensmittelhandel, Wiesbaden  
2014, [http://www.bundeskartellamt.de/Sektoruntersuchung\\_LEH](http://www.bundeskartellamt.de/Sektoruntersuchung_LEH)

Canz, Stefan, Linking Small-Scale Farmers to Markets – A multi-level Analysis with special references to Malawi, Kenya and South Africa, Kommunikation und Beratung, Sozialwissenschaftliche Schriften zur Landnutzung und ländlichen Entwicklung Nr. 67, Weikersheim 2005

Chemnitz, Christine, The Impact of Food Safety and Quality Standards on Developing Countries Agricultural Producers and Exports, Humboldt-University zu Berlin, 2011,

Chenery, Hollis / Montek S. Ahluwalia / C.L.G. Bell / John H. Duly / Richard Jolly, Redistribution With Growth (Oxford: Oxford University Press 1974)

Codex Alimentarius Commission (2010), Consideration of the Impact of Private Standards, CX/CAC 10/33/13, Rom 2010

COSA Report, Committee on Sustainable Assessment, COSA Measuring Sustainability Report – Coffee and Cocoa in 12 Countries, Philadelphia 2013

EU Com (2006), Review of the EU Sustainable Development Strategy (EU SDS) Renewed Strategy, Brussels, 9 June 2006, Com. 10117/06

EU Commission (2006), DG Agri/DG Economic Analysis, SCENAR 2020, Scenario Study on Agriculture and Rural World, Contact No. 30 – CE – 0040087/00-08, Brussels, Dec. 2006

EU Commission (2009a), Green Paper on Agricultural Product Quality: Product Standards, Farming Requirements and Quality Schemes, Brussels, Oct. 15, 2008, COM(2008) 641 final

EU Commission (2009b), Contributing to Sustainable Development: The Role of Fair Trade and Nongovernmental Trade-related Sustainability Assurance Schemes, Communication, Brussels, 5.5.2009 COM(2009) 215 final

EU Kommission (2010a), EU Leitlinie für eine gute Praxis der freiwilligen Zertifizierungssystem für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel, (2010/C 341/04)

European Commission (2009c), Certification Schemes for Agricultural Products and Foodstuffs, Agricultural Products Quality Policy: Impact Assessment, Annex D, Version 08-04-09

Europeaid 2013, Bericht der EU über Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung, Euroaid, Brüssel, SW 2013, 456 final, 31.10.2013. [https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/pcd-report-2013\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/pcd-report-2013_de.pdf)

FAO (2012), SAFA Guideline, Sustainable Assessment of Food and Agriculture Systems, Version 4, Compact Version, Rome 2012

FAO/OECD (2015), Guidelines for the Responsible Agricultural Supply Chain, Draft for Comments, Jan. 2015, <http://www.oecd.org/daf/inv/mne/FAO-OECD-guidance-responsible-agricultural-supply-chains.pdf>

Fulponi, Linda (2006) , Private Voluntary Stands in the Food System: The Perspective of Major Food Retailers in OECD Countries, in: Food Policy, Vol 31, 2006, page 1-13

Henson, Spencer, u.a., Linking African Smallholders to High Value markets: Practitioner Perspectives on benefits, Constraints and Interventions, World Bank Policy Research Working Paper 4573, Washington March 2008

Hoffmann, Ulrich, UNFSS Regional Briefing Session for Asean, Pampanga, Philippines, unveröffentlichtes Manuskript UNCTAD, 24.10.2013,

Hoffmann, Ulrich/Grothaus, Frank, Assuring Coherence between the Market-access and Livelihood Impact of Private Sustainability Standards, UNFSS, Rede

auf einer Konferenz der Universität Leuven, Okt 2014 (unveröffentlichtes Manuskript)

Humphrey, John, Shaping Value Chains for Development: Global Value Chains in Agrobusiness, GTZ/BMZ, Eschborn 2005

ITC (International Trade Centre), The Interplay of Public and Private Standards, Technical Paper, Literature Review Series III, Geneva 2011

Jaffee, Steven/Henson, Spencer/Rios, Luz Diaz, Making the Grade: Smallholder Farmers, Emerging Standards, and Development Assistance Programs in Africa – A Research Program Synthesis, Report No. 62324-AFR, World Bank, June 2011

Jongeneel, R.; Brouwer, F.M.; Farmer, M.; Müssner, R.; Roest, K. de; Poux, X.; Fox, G.; Meister, A.; Karaczun, Z.; Winsten, J.; Ortega, C. (2007), Den Haag : LEI, (Report / LEI 6.07.21)

Jongeneel, Roel/ Hertzfeld, Thomas, Voluntary Certification Schemes and Legal Standards in the EU, in Brouwer u.a., S. 97 ff 2012, S. 97 ff

Liu, Pascal (FAO), Private Standards in International Trade: Issues and Opportunities, Paper presented to the WTO-Workshop on Environment-Related Private Standards, Certification and Labeling Requirements, Geneva, July 9<sup>th</sup>, 2009

Louw, A./Ndanga, L./Chikazunga, D./Jagwe, J., Restructuring Food Marktes in the Southern African Region: Dynamics in the context of Fresh Produce sub-Sector – A Synthesis of country findings, University of Pretoria, Feb. 2008

Maertens, M./Swinnen, J., 2006, Standards as Barriers and Catalysts for trade and Poverty Reduction, Paper presented fort he Conference on Food Safety Standards and Agri-food Exports from Developing Countries, 26th Conference oft he international Association of Agricultural Economist, Aug. 12-18<sup>th</sup>, 2006, Gold coast, Australia

Maur, J.-Ch./Shepherd, Ben, Product Standards, in: Chouffour, Jean Pierre/Maur, Jean-Christopher (ed.), Preferential Trade Agreement Policies for development A Handbook, The world bank, Washington D.c. 2011, page 197-216



McCluskey, Public and Private Food Quality Standards: recent Trends and Strategic incentives, In: Swinnen (ed.), S. 19 ff

Meulen, Bernd M.J. van der (ed.), Private Food Law – governing food chains through contract law, self-regulation, private standards, audit and certification schemes, Wageningen 2011

Mutura, Joseph N., Failure of Small Holder Farmer Marketing in Kenya, SAC-DEP-Kenya, Nairobi 2013

OECD (2006), Final report on private standards and the shaping of the agro-food system. Paris 2006

Okello, J.J./Swinton, S.M. , The International food Safety Standards Marginalize the Poor? Evidence from Kenya's Green Beans Family Farmers, Journal of Food Distribution and Research, Vo. 37, No. 1, 2006, Page 18 ff

Potts, Jason, u.a.( SSI-Report), The State of Sustainability Initiative Review 2014, Standards and the Green Economy, Winnipeg/London 2014

Prahalad, C.K., The Fortune at the Bottom of the Pyramid – Eradicating Poverty through Profits, Enabling Dignity and Choice through Markets, Upper Saddle River N.Y, 2006

Rat für Nachhaltige Entwicklung (2015), Der deutsche Nachhaltigkeitskodex – Maßstab für nachhaltiges Wirtschaften, 2. Fassung, Jan. 2015 ([http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE\\_Der\\_Deutsche\\_Nachhaltigkeitskodex\\_DNK\\_texte\\_Nr\\_47\\_Januar\\_2015.pdf](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE_Der_Deutsche_Nachhaltigkeitskodex_DNK_texte_Nr_47_Januar_2015.pdf))

Reardon, Thomas/Barrett, Christopher B./Swinnen, Johan F.M., Agrifood Industry transformation and small Farmers in Developing Countries, in: World Development, Vol 37, No. 11, Washington 2009, S. 1717 ff

Reardon, Thomas/Gulati, Ashok, The Rise of Supermarkets and Their Development Implications, IFPRI/Michigan State university, IFPRI discussion Paper 00762, New Delhi Office, Feb. 2008

Resolve (siehe Steering Committee, 2012

SSI-Report 2014, siehe: Potts u.a.

Steering Committee of the State of Knowledge Assessment of Standards and Certification, Towards sustainability – The Roles and Limitations of Certification, Executive Summary, Washington June 2012

Swinnen Joe F.M. (ed.), Global Supply Chains, Standards and the Poor, Oxon/Cambridge 2007

Swinnen, Johan F.M./Maertens, M., Global Supply Chains, Standards and the Poor: Some Conclusions and Implications for Government Policy and international organisations, In Swinnen, Johan F.M. (ed.), 2007, S. 259 ff

UNEP, Green Economy and Trade – Trends, Challenges and Opportunities, N.Y. 2013. <http://www.unep.org/greeneconomy/GreenEconomyandTrade>

UNFSS (United Nation Forum for Sustainable Standards), Voluntary Sustainability Standards – Towards Landscape of Issues & Initiatives to Achieve Public Policy Objectives, Flagship Report, 1. Draft, Geneva 2014 [http://unfss.org/documentation/general-documentation/?blogsub=confirming#blog\\_subscription-2](http://unfss.org/documentation/general-documentation/?blogsub=confirming#blog_subscription-2)

UNFSS, Voluntary Sustainability Standards – Towards Landscape of Issues & Initiatives to Achieve Public Policy Objectives, Flagship Report, 2. Draft, Geneva 2014 [http://unfss.org/documentation/general-documentation/?blogsub=confirming#blog\\_subscription-2](http://unfss.org/documentation/general-documentation/?blogsub=confirming#blog_subscription-2)

UNFSS, Meta-Governance in the Realm of Voluntary Sustainability Standards: Early Experiences and their Implications, Discussion Paper No. 1, Geneva 2014

Vorley, B./Proctor, F. (ed.), Inclusive business in Agrifood Markets: Evidence and Action – A report based on proceedings of an international conference held in Beijing, March 5-6, 2008

Vorley, Bill, Markets for the Many rather than the Few, in: rural 21, July 2013, page 28ff

WTO 1995, Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures, in: The results of the Uruguay Round of Multilateral Trade negotiations, The Legal Texts, Artikel 9, Genf, 1995

## Mitglieder der GKKE-Fachgruppe Kohärenz

Dr. Guido Ashoff, Berlin

Dr. Bernd Bornhorst, Aachen

Dr. Thorsten Göbel, Berlin

Dr. Hildegard Hagemann, Bonn

Adolf Kloke-Lesch, Bonn

Anke Kurat, Bonn

Tim Kuschnerus, Berlin (Geschäftsführung)

Bernd Ludermann, Frankfurt/M.

Michael Steeb, Köln (Vorsitz)

Die Fachgruppe dankt Joel Hähnle  
für redaktionelle Unterstützung.

Die Fachgruppe dankt  
Dr. Rudolf Buntzel und  
Andrea Lenkert-Hörrmann,  
die diesen Bericht verfasst haben.